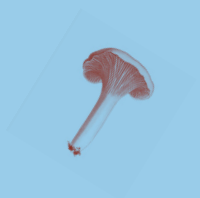
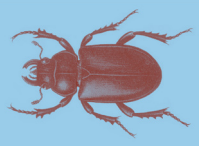
NATUR
KONGRESS
2021

26. August 2021

Biodiversität in der Krise
Agenda Setting für mehr Natur

Positionspapier:
Naturkongress 26.8.2021 von eco.ch

Biodiversität in der Krise – Agenda Setting für mehr Natur

Positionspapier Naturkongress 2021 von eco.ch, 26. August 2021

Die Biodiversität ist weltweit und in der Schweiz stark im Rückgang. Die beobachteten Aussterberaten sind 100 bis 1000 mal höher als das, was als natürlich gilt. 0.5 bis 1 Million der 8 Millionen bekannten Arten von Pflanzen und Tieren sind vom Aussterben bedroht. In der Schweiz ist mehr als ein Drittel der Arten und fast die Hälfte der Lebensräume bedroht und die Qualität geht auch in geschützten Gebieten zurück.

Der Rückgang der Biodiversität bedeutet, dass der vielseitige Nutzen der Natur für den Menschen reduziert wird, zum Beispiel in den Bereichen der Klimaregulation, der Bodenfruchtbarkeit, der Wasserreinigung, der Bestäubung, dem Schutz vor Hangrutschen und Lawinen, der Ernährungssicherheit etc. Verlorene Biodiversität kann nach heutigem Wissen nicht mehr wiederhergestellt werden. Für die Erhaltung der Biodiversität gibt es zahlreiche wissenschaftlich gut begründete Argumente.

Am 26. August 2021 haben sich am Naturkongress von eco.ch Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zum Thema «Biodiversität in der Krise – Agenda Setting für mehr Natur» ausgetauscht und Lösungsvorschläge für einen wirkungsvollen Schutz der Biodiversität erarbeitet. Das Organisationskomitee des Kongresses fasst die wichtigsten sechs Forderungen an die Politik zusammen:

1. Die Rettung der Biodiversität muss zur Priorität gemacht werden.

Um den weiteren Verlust an Arten und Lebensräumen zu verhindern, muss die Erhaltung der Biodiversität in der Politik zur Priorität werden. Zahlreiche internationale und nationale Vorgaben legitimieren eine prioritäre Behandlung, so zum Beispiel das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) anlässlich der Weltkonferenz von Rio 1992, die Aichi-Ziele (Aichi Biodiversity Targets) anlässlich der Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention von 2010, sowie die Schweizer Biodiversitätsstrategie und der zugehörige Aktionsplans Biodiversität und die eben erst vom Bundesrat verabschiedete nationale Strategie nachhaltige Entwicklung 2030. Von einer effektiven Umsetzung dieser Biodiversitätsziele ist die Schweiz jedoch noch weit entfernt.

2. Biodiversitätsschutz muss als Querschnittaufgabe in allen Politikbereichen anerkannt werden.

Massnahmen gegen Artenschwund und Lebensraumverlust dürfen nicht mehr nur als Aufgabe der Umweltämter betrachtet werden. Sie müssen als Querschnittaufgabe in allen Politikbereichen und auf allen Ebenen mit verbindlichen Vorgaben verankert und ihre Einhaltung regelmässig überprüft werden. Nur so kann das beispielsweise in der Raumplanung und der Landwirtschaft vorhandene Potenzial für den Biodiversitätsschutz ausgeschöpft werden. Um die Kohärenz der Biodiversitätspolitik über verschiedene Sektoren hinweg zu gewährleisten, ist die Schaffung von Biodiversitätsbeauftragten inkl. eines Koordinationswerkzeuges in allen relevanten Ämtern in Betracht zu ziehen.

3. Es braucht eine professionelle Kommunikationsoffensive mittels einer Task Force zur Biodiversitätskrise.

Zum Thema Biodiversität besteht eine grosse Wissenslücke in der Bevölkerung sowie bei Entscheidungstragenden in Politik und Wirtschaft. Mit einer gezielten professionellen Kommunikationsoffensive ist der Nutzen der Biodiversität aufzuzeigen und die Dringlichkeit der Biodiversitätskrise in den Vordergrund zu stellen. Eine Task Force Biodiversität würde – als geeinte Stimme aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft – als Kompetenz anerkannt und könnte das wichtige Thema auf die Agenda bringen.

4. **30 by 30: Dreissig Prozent der Landesfläche müssen für die Biodiversität gesichert und weiterentwickelt werden.**

   Selbst das heute bereits überholte Aichi-Ziel Nummer 11 – wonach bis 2020 mindestens 17% der Landesfläche dem Schutz von Pflanzen und Tieren dienen soll – hat die Schweiz verfehlt. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Der Bundesrat will deshalb mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative das Ziel, 17 Prozent der Landesfläche als Schutzgebiete zu bestimmen, gesetzlich verankern. Zudem soll die Schweizer Politik auf das neue „30 by 30" Ziel – d. h. 30% Schutzfläche bis 2030 – ausgerichtet werden. Dies entspricht auch dem Schweizer Engagement an der internationalen Biodiversitätskonferenz in China im Oktober 2021. Für die restlichen 70% der Landesfläche der Schweiz braucht es zudem Anreize und verbindliche Vorgaben für eine biodiversitätsfreundliche Bewirtschaftung.

5. **Gesetze und Subventionen sind biodiversitätsfreundlich zu gestalten.**

   Neue Gesetze, Verordnungen und insbesondere Subventionen sind mittels eines Ökosystem-Äquivalent auf ihre Biodiversitätsverträglichkeit zu prüfen. Bestehende biodiversitätsschädigende Subventionen, wie sie die Studie der eidgenössischen Forschungsanstalt WSL, dem Forum Biodiversität Schweiz und der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz SCNAT[1] evaluiert hat, sind abzuschaffen bzw. umzulenken. Im Rahmen einer Massnahme des Aktionsplans Biodiversität Schweiz untersucht aktuell auch das BAFU die Bundessubventionen und ihre Auswirkungen auf die Biodiversität und plant wo nötig zusammen mit den verantwortlichen Ämter Verbesserungsvorschläge zu prüfen.

6. **Vorwärts machen beim Aufbau einer ökologischen Infrastruktur.**

   Der Aufbau einer ökologischen Infrastruktur von Schutzgebieten und Vernetzungsgebieten zur Sicherung des Raumes für die langfristige Erhaltung der Biodiversität ist eines der wichtigsten Ziele, welches sich der Bundesrat in der Strategie Biodiversität der Schweiz gesetzt hat. Dennoch stellt der Bund zu wenig personelle und finanzielle Ressourcen für dessen Erreichung zur Verfügung. Eine Erhöhung der Mittel für den Biodiversitätsschutz ist essenziell. Zur raumplanerischen Verankerung der ökologischen Infrastruktur braucht es zudem bis 2024 ein Bundeskonzept über die zu ergänzenden Kerngebiete und einen Sachplan[2] zur Sicherung der Vernetzungsgebiete. Damit Fortschritt und Lücken beim Aufbau der ökologischen Infrastruktur überwacht werden können, ist ein zentrales Datenmanagement über die gesamtschweizerische Planung notwendig

Die vom Naturkongress von eco.ch erarbeiteten Lösungsansätze fordern eine prioritäre Behandlung der Biodiversitätskrise; eine Anerkennung der Biodiversitätssicherung als Querschnittaufgabe in allen Politikbereichen; ein professionelles Kommunikationsmanagement zum Thema; ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen sicherzustellen; die Ausrichtung der Schweizer Politik auf das Ziel, bis 2030 30% der Landesfläche zum Schutz von Pflanzen und Tieren zu verschreiben; Gesetze und Subventionen biodiversitäts- und klimafreundlich auszugestalten und entschlossen vorwärts zu machen, beim Aufbau einer ökologischen Infrastruktur. Es ist höchste Zeit, die Biodiversitätskrise mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.

---

[1] Gubler, L.; Ismail, S.A.; Seidl, I., 2020: Biodiversitätsschädigende Subventionen in der Schweiz. Grundlagenbericht. WSL Berichte, 96. 216 p.

[2] Bundeskonzept und Sachplan gemäss Art. 13 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG).